

Nur ein Euro-Aus rettet Europa



Felix W. Zulauf

Vermögensverwalter

■ Der Euro muss so schnell wie möglich wieder durch nationale Währungen ersetzt werden.

Der Euro ist eine künstliche Währung. Er ist nicht die Währung eines Staates mit einer souveränen, vom Volk gewählten Regierung und mit eigenem Staatshaushalt. Kontrollmechanismen, zum Beispiel gegen übermäßiges Schuldenmachen, gibt es nicht. Deshalb sollte der Vertrag von Maastricht die Mitgliedsländer disziplinieren. Der aber wurde bis heute schon fast 70-mal gebrochen – von fast allen Mitgliedsländern. Er ist offenbar das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben steht. Die Grundidee der Euro-Väter war der Bau des Superstaates „Groß-Europa“, um die Integration schneller vorwärtszutreiben. Nur hätte die gemeinsame Währung am Schluss des Integrationsprozesses kommen sollen, nicht am Anfang. Die Väter des Euro wussten, dass der Integrationsprozess nicht klappen würde, deshalb versuchten sie, Integration durch den Euro zu erzwingen – mit der Diktatur des Faktischen. Werden Volkswirtschaften mit völlig unterschiedlichen Strukturen der gleichen Zins-, Währungs- und Geldpolitik unterworfen, entstehen große Ungleichgewichte. Der Wechselkurs als Ausgleichsventil fällt aus, schwächere Länder können nicht mehr abwerten und so Waren billiger anbieten. Der Euro hat so ganze Regionen in der Peripherie in die Depression geschickt und Millionen Existenzen zerstört. Dieser Prozess geht weiter.

Die politischen Protestbewegungen sind nicht grundlos entstanden. Sie sind Folge der Fehlkonstruktion Euro. Deutschland mag das nicht einsehen. Das Land steht dank seiner hohen Produktivität auf der Sonnenseite. Die Exportquote hat sich seit Einführung des Euro von rund 26 auf 40 Prozent der Wirtschaftsleistung erhöht, es herrscht Vollbeschäftigung. Warum also klagen? Die Italiener sollen Reformen einführen, so wird gefordert. Leider, oder Gott sei Dank, kann man aus Italienern keine Deutschen machen – und umgekehrt. Im Maastrichter Vertrag wurde ein deutsches Europa angepeilt. Aber das ist so realistisch wie die Hoffnung, dass eine Kuh den Baum hochklettert. Ohne das System Target2 hätten die Marktkräfte den Euro schon längst aufgebrochen. Aber solange sich die nationalen Notenbanken bei der Europäischen Zentralbank quasi beliebig viel Kapital beschaffen können, bauen sich die Ungleichgewichte im Target2-System auf. Der Deutschen Bundesbank wurden Ansprüche gegenüber diesem System von über 700 Milliarden Euro aufgezwungen. Diese Forderungen sind für Deutschland unwiederbringlich verloren. Wer die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge versteht, muss zu dem Schluss kommen, dass der Euro so schnell wie möglich wieder durch nationale Währungen ersetzt werden sollte.

Falls das nicht passiert, wird der Druck der Protestbewegungen zunehmen, bis ein Land den Euro-Austritt beschließt. Dann gerät ganz Europa ins Chaos. Leider ist zu befürchten, dass das Establishment den Euro mit Klauen und Zähnen verteidigen wird. Es drohen Interventionen und Manipulationen, zentralistische Planwirtschaft, abnehmende Produktivität, Verluste an Effizienz, Freiheit und Wohlstand.

Europa wird sich immer mehr in eine „DDR light“ verwandeln. Nur hatte die DDR einen großen Bruder, als sie pleiteging. Europa hat keinen und muss sich nun entscheiden: Tyrannei und Elend oder Freiheit und Wohlstand? ■

Felix W. Zulauf zählt zu den weltweit renommiertesten Vermögensmanagern. Aus der Schweiz heraus berät er institutionelle Kunden.

Am Ende profitiert Marine Le Pen



Karin Finkenzeller

Korrespondentin in Paris

■ Viele Franzosen wollen keine Wirtschaftsreformen – ein Problem für den Kandidaten François Fillon und die EU.

Marine le Pen ist nur noch knapp vom französischen Präsidentschaftspalast entfernt. Das gilt geografisch, denn sie hat ihr Wahlkampfquartier in der gleichen Straße bezogen, an der der Élysée-Palast liegt. Es gilt aber auch politisch. Sollte sich, wie erwartet, am Sonntag François Fillon bei der Stichwahl des bürgerlich-konservativen Lagers als Kandidat für die Wahl zum Staatschef durchsetzen, rückt die Chefin der rechtsnationalen Front National der Macht noch näher.

Denn Fillon wirkt auf den ersten Blick zwar, als könne er Stimmen bei Stammwählern von Le Pen holen und ihr so gefährlich werden. Er wendet sich, genau wie die Rechtspopulistin, an Franzosen auf dem Land, die sich von den Entscheidern in Paris und Brüssel nicht verstanden fühlen. Le Pen will raus aus dem Euro und vielleicht sogar aus der EU, Fillon möchte immerhin die Macht der EU-Kommission beschneiden und die Souveränität Frankreichs stärken. Beide Kandidaten versprechen, Immigration nach Frankreich zu erschweren und mit aller Härte gegen Sympathisanten von Terrornetzwerken vorzugehen.

Frankreichs wertkonservative Wähler, die Homo-Ehe oder Adoptionsrechte für gleichgeschlechtliche Paare attackieren, begrüßen Fillon als einen der ihren. Aber sein Wirtschaftsprogramm hat es in sich. Er will 500 000 Beamtenstellen streichen, die Arbeitszeit in Amtsstuben auf 39 Wochenstunden anheben, in der Privatwirtschaft sogar auf maximal 48. Das Renteneintrittsalter soll



rauf, die Macht der Gewerkschaften notfalls mit Polizeigewalt gebrochen werden. All das unterscheidet den ehemaligen Premier entscheidend von der Populistin Le Pen, die rechts wettet, aber links wirtschaftet. Sie möchte das Renteneintrittsalter auf 60 Jahre senken, verspricht Geringverdienern satte Zuschläge und will Frankreich mit Importzöllen vor der verhassten Globalisierung schützen.

Wie groß aber die Angst der Franzosen vor harten Wirtschaftsreformen à la Fillon ist, hat sich vor knapp einem Jahr bei den Regionalwahlen gezeigt. Damals liefen Wähler reihenweise zu den Rechtspopulisten über, nachdem der sozialistische Präsident Hollande weit mildere Veränderungen angekündigt hatte. Daher bleibt es zwar wahrscheinlich, dass in der Endrunde der Präsidentschaftswahl ein Konservativer gegen Le Pen antreten wird. Aber dass dann die Mehrheit für Fillon stimmen wird und gegen Le Pen – wie 2002 noch im Duell von Jacques Chirac mit deren Vater – ist keineswegs mehr ausgemacht. ■

Der Kampf ums Überleben läuft



Saskia Littmann

Korrespondentin in Frankfurt

■ Um Geld zu sparen, schaffen Bausparkassen ihre Einlagensicherung ab. Ein fatales Signal an die Kunden.

Bei vielen Bausparern schrillten vermutlich die Alarmglocken, als der Verband der Privaten Bausparkassen erklärte, der Einlagensicherungsfonds der Bausparkassen werde aufgelöst. Private müssen aber wenig befürchten, letztlich haben von dem Schutz fast ausschließlich institutionelle Anleger profitiert, die mehr als 100 000 Euro angelegt haben. Trotzdem ist die Sparmaßnahme ein Alarmsignal. Sie zeigt, wie verzweifelt Deutschlands Bausparkassen mit allen Mitteln um ihr Überleben kämpfen. Der Niedrigzins trifft alle Banken, aber die Bausparkassen ganz besonders hart. Ohne neues Geschäftsmodell, wird es eng für die Kassen.

Nur mit Kostensenkungen wird es nicht gehen. Bleiben sie bei ihrer Linie, dürften die Kassen in den kommenden Jahren Milliardenverluste anhäufen. Niedrigzinsen belasten die aktuellen Erträge, lukrative Altverträge sind für die Institute teuer. Auch eine Zinswende bringt Bausparkassen erst mal nur Ärger: Ihre Verträge garantieren feste Kreditzinsen. Steigen die Zinsen, dürften Kunden mehr günstige Kredite abrufen, die die Institute dann mit teuren frischen Einlagen gegenfinanzieren müssten.

Besser wären Verträge, die flexibel an das jeweilige Zinsniveau angepasst werden können, etwa innerhalb von Zinsspannen. Nur mit solchen Modellen hätten Bausparkassen eine Zukunft. ■

Gabriel gibt den Populisten



Christian Schlesiger

Korrespondent in Berlin

■ Eine Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen ist überfällig und darf dem Wahlkampf nicht zum Opfer fallen.

Jedem, wie sich der Wind dreht, ändert der Wirtschaftsminister gerne seinen Kurs. „Hartz IV“ für Braunkohlekraftwerke etwa werde es unter ihm nicht geben, sagte Sigmar Gabriel 2014. Ein Jahr später entschied der SPD-Chef auf Druck der Gewerkschaften, neun Dreckschleudern in eine teure Reserve zu packen. Anfang der Legislaturperiode kämpfte Gabriel vehement für TTIP. Doch vor wenigen Wochen erklärte er das US-europäische Handelsabkommen für tot, statt für die Rettung einzutreten. Gabriel kritisierte Angela Merkel auch für ihr „Wir schaffen das“ in der Flüchtlingskrise, obwohl er den Satz exakt so längst vor ihr formuliert hatte. Und nun irritierte der Sozialdemokrat mit seiner Kritik an dem Vorschlag von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), der die Autobahnen in einer Infrastrukturgesellschaft bündeln und private Investoren daran beteiligen will. Dabei hatte Gabriel selbst vor zwei Jahren noch mehr Privatkapital beim Autobahnbau gefordert.

Antikapitalistische und globalisierungskritische Töne stehen hoch im Kurs derzeit. Es wäre eigentlich Aufgabe eines Wirtschaftsministers, mit guten Argumenten dagegenzuhalten. Doch Sigmar Gabriel macht das Gegenteil, weil es ihm als SPD-Chef im aufziehenden Wahlkampf womöglich mehr hilft.

Dabei gerät leider die Sache aus dem Blick: Die Gründung einer Autobahngesellschaft ist überfällig. Denn heute läuft es so: Dem Bund gehören die Autobahnen, doch die Länder bauen und sanieren sie. Mal gelingt ihnen das besser (Bayern und Hessen), mal schlechter (Nordrhein-Westfalen). Die Rechnung schicken die Länder dann nach Berlin. Künftig soll eine zentrale Gesellschaft die Bauprojekte planen, ausschreiben und kontrollieren. Schäuble will, dass sich Versicherungen und Fonds daran beteiligen können. Gabriel ist genau dagegen. Doch seine Argumente sind nicht ehrlich: Schäuble will das Eigentum an den Autobahnen überhaupt nicht verscherbeln, sondern es sogar als unveräußerlich im Grundgesetz verankern. Statt einfach dagegen zu sein, sollte Gabriel sich mit Schäubles Plänen differenziert beschäftigen. Das ist aber natürlich im Wahlkampf weniger populär. ■

Gefühlslage #pilotenstreik



Nach über 20 Lufthansa-Streiks durch drei Gewerkschaften in vier Jahren ist es inzwischen egal, warum der Kranich gerade mal wieder nicht fliegt. Es bleibt nur Wut – und die Buchung bei der Konkurrenz.